

„Das ist Entmündigung“

Waldbesitzer im Westeichsfeld wehren sich gegen das Naturschutz-Großprojekt am Grünen Band.
Solidarität mit Genossenschaften im Ohmgebirge bekundet

VON JÜRGEN BACKHAUS

Eichsfeld. Die Waldbesitzer formieren sich im Widerstand gegen das Naturschutz-Großprojekt „Grünes Band“. Johannes Ludolph, Vorsitzender der Waldgenossenschaft Arenshausen, hat eine Stellungnahme aufgesetzt, die demnächst von weiteren Wald- und Jagdgenossenschaften im Altkreis Heiligenstadt unterschrieben und an den Thüringer Umweltminister, Jürgen Reinholz (CDU), geschickt wird.

Mit ihrem Protest solidarisieren sie sich mit den Waldbesitzern im Ohmgebirge, die bereits

zu Jahresanfang ihrem Unmut mit einem Brief an Reinholz Luft gemacht hatten (diese Zeitung berichtete). Wie deren Vorsitzender Hartmut Schafberg gehört Johannes Ludolph auf Vorschlag des Thüringer Waldbesitzerverbandes der Arbeitsgruppe an, die das Projekt Grünes Band Eichsfeld-Werratal begleiten soll. Träger des aus Bundes- und Landesmitteln finanzierte Projekts, das sich auf mehr als 18 000 Hektar beiderseits von 130 ehemaligen Grenzkilometern bezieht, ist die Heinz-Sielmann-Stiftung.

Die Waldbesitzer im Raum Arenshausen verlangen jene im

Ohmgebirge, ihre Flächen aus dem Naturschutzgroßprojekt herauszunehmen, um den Wald weiter nutzen zu können. Und sie kündigen an, gegen dessen Umsetzung „auf unserem Eigentum“ notfalls den Rechtsweg „voll auszuschöpfen“.

Sie wenden sich nicht nur dagegen, dass mit dem Grünen Band einige Gemeinden nahezu ihren gesamten Wald und Bürger eine zusätzliche Einnahmequelle verlieren würden, sondern sie damit nach den jahrzehntelangen leidvollen Einschränkungen im Sperrgebiet 20 Jahre nach der Einheit entmündigt werden sollen. Die

sogenannte Wiederverkaufssperre als Reservierung von Wald für „Nabu & Co.“, so die Waldgemeinschaften, sei mit hohen Preisforderungen verbunden, um andere Bewerber abzuschrecken.

Darin sehen sie „einen Griff nach unserem Privateigentum im ehemaligen Grenzgebiet“, eine schleichende Enteignung, die nicht zu einem demokratischen Staat passe.

Die Eichsfelder Waldbesitzer seien bodenständig, bewirtschafteten ihre Wälder nachhaltig, täten alles für den Naturschutz und ließen sich auch gern beraten, aber enteignen

lassen würden sie sich nicht. Dieser Wald, der nun unter Naturschutz gestellt werden solle, sei von den Vorfahren und nach der Wende von den Eigentümergemeinschaften „auf den Weg gebracht“ worden.

Zudem verweisen die Waldeigentümer darauf, dass die Naturschützer nicht auf sie zugegangen seien, um ihre Vorhaben mit ihnen zu diskutieren. Das schaffe kein Vertrauen, sondern wirke wie Bevormundung. Es dränge sich der Verdacht auf, dass der Projektträger den Befindlichkeiten der Eigentümer keine Wichtigkeit beimesse, so Ludolph.